

Die Internationalisierung des Staates

Der Begriff der Internationalisierung des Staates (IdS) bezeichnet den komplexen Prozess der Veränderung von Staat und Staatensystem und kommt aus der kritischen Internationalen Politischen Ökonomie und der kritischen Staatstheorie. Er wurde beispielsweise von Robert Cox (1987) bereits vor einigen Jahren verwendet. Im deutschsprachigen Raum wurde er durch Joachim Hirsch geprägt (2001, 2005), Birgit Sauer (2003) entwickelte ihn für eine feministisch-staatstheoretische Perspektive. Der Bedeutungskern des Begriffs kann entlang von drei Dimensionen gefasst werden.

Zum einen wird im Zuge der Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise der „integrale Staat“ (zum Begriff siehe unten), also das zivilgesellschaftliche Vorfeld bestehend aus Unternehmen, Medien, non-profit Organisationen, internationalisiert - und damit Produktions- und Konsumnormen, Aufmerksamkeitshaltungen, Kultur etc. Diese Prozesse bedeutet nicht unbedingt eine Homogenisierung, sondern können auch Diversität oder Fragmentierung implizieren. Sie sind jedoch stärker aufeinander bezogen als früher.

Mit den zunehmenden grenzüberschreitenden Entwicklungen werden *zweitens* die internationalen politisch-institutionellen Strukturen und Prozesse wichtiger. Man kann daher von sich herausbildenden oder wichtiger werdenden internationalen Staatsapparaten wie die Welthandelsorganisation oder die EU sprechen, die zwar nicht dem zentralisierten modernen Staat entsprechen, aber dennoch bestimmte Staatsfunktionen wie die Herstellung von Ordnung, Sicherung des Eigentums oder die politische Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte übernehmen.

Und *drittens* kommt es zu einer globalisierungsvermittelten Transformation der nationalen Staaten, was Joachim Hirsch (1995) vor über 10 Jahren als Entwicklung zum „nationalen Wettbewerbsstaates“ bzw. Bob Jessop (2002) als eine zu einem „Schumpeterianischen Workfare Regime“ bezeichnet haben. Dieser Prozess findet in den nationalen Gesellschaften und Staaten, aber nicht losgelöst von internationalen Entwicklungen statt, sondern ist Teil und Ausdruck der realen und vermeintlichen „Sachzwänge“ der neoliberalen Globalisierung, die von bestimmten Kräften und Interessengruppen vorangetrieben werden, ohne vollständig von ihnen steuerbar zu sein.

Diese These wird im Folgenden ausgeführt. Um den analytischen Erkenntnisgewinn des Begriffs IdS zu verdeutlichen, wird zunächst auf die wichtigsten Perspektiven des liberalen politikwissenschaftlichen Mainstream eingegangen. Dann skizziere ich die theoretischen Grundlagen kritischer Gesellschafts- und Staatstheorie, um anschließend auf die aktuellen Veränderungen, d.h. die Internationalisierung des Staates im engeren Sinne, einzugehen. Weiters geht es um die Rolle der Gesellschaften des Globalen Südens, um schließlich auf kritisch-emanzipative Akteure und Projekte einzugehen.

Liberaler Ansätze: Regimetheorie und Global Governance

Der Begriff der Internationalisierung des Staates wird bislang nicht im politikwissenschaftlichen Mainstream verwendet. Die zunehmende Bedeutung internationaler politischer Institutionen wird dort gesehen, aber Staat wird mit dem nationalen Staat gleichgesetzt.

In der liberalen Theorietradition sind die Ansätze um Global Governance und die Regimetheorie am prominentesten. Formale Organisationen, Regime und lose Netzwerke helfen, so die Annahme, durch internationale Kooperation bessere Entscheidungen zu treffen. Die wichtigsten Akteure sind Regierungen, die ein „nationales Interesse“ vertreten (Zangl 2003). „Die Summe der Regelungen all dieser Institutionen machen das Regieren jenseits des Nationalstaates bzw. Global Governance aus.“ (Zürn 1998: 176). Der Begriff Global Governance ist kein theoretischer Begriff, sondern eine unscharfe Kategorie, die genau deswegen so breite Verwendung findet (CGG 1995, Messner 2005, zur Kritik Brand/Scherrer 2005).

Wie wird vor diesem Hintergrund die aktuelle Situation gedeutet? Die aktuellen Strukturveränderungen des Kapitalismus generieren Krisen und Probleme, die es auch den herrschenden politischen und ökonomischen Akteuren unheimlich werden lassen. Global Governance ist in den meisten Beiträgen die Frage nach staatlicher (nicht nur nationalstaatlicher) Steuerungsfähigkeit in Zeiten der Globalisierung. Entsprechend untersuchen Beiträge zu Global Governance die Bedingungen und Möglichkeiten staatlicher Kooperation, „um der Ohnmacht der Politik gegenüber der Eigendynamik der Globalisierungsprozesse entgegenwirken zu können“ (Messner 2005: 37). Denn die staatliche bzw. intergouvernementale Politik muss der Ökonomie gleichsam „nachziehen“. Dabei wird unter internationaler Politik vor allem jene der OECD-Staaten verstanden unter Ausblendung der Länder des Globalen Südens.

Damit wird jedoch ausgeblendet, dass das Politische und insbesondere der Staat sich in den letzten Jahrzehnten auch verändert haben. Die Protagonisten der Global Governance-Debatte sehen nicht, dass Staaten und intergouvernementale Institutionen nicht neutrale Krisenregulierer und Problemlöser sind, sondern in unterschiedlichem Maße an Kapitalinteressen und internationaler Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet handeln. Wo heute internationale politische Kooperation stattfindet, trägt sie eher zur Absicherung der neoliberalen oder imperialen Globalisierung bei (etwa in der WTO oder der NATO) und weicht keinesfalls die asymmetrischen Interessen und Machtverhältnisse auf (siehe unten).

Es bestehen zwei wichtige Unterschiede zwischen den Begriffen Regime und Global Governance. Zum einen wird bei Global Governance nicht nur die internationale Ebene berücksichtigt, sondern auch die nationale und lokale. Zudem wird die Rolle nicht-staatlicher Akteure und der Zivilgesellschaft stärker betont. Es bedürfe einer „Korrekturinstanz“, damit sind zivilgesellschaftliche Akteure gemeint die einen möglichst produktiven Beitrag zur politischen Steuerung zu erbringen habe (Messner 2005).

An dieser Stelle verspricht eine kritische staats- und hegemonietheoretische Perspektive wichtige Perspektiverweiterungen. Der Staat ist zwar historisch eng an den Nationalstaat gebunden, das kann sich aber ändern. Staat im Sinne einer von der Gesellschaft besondern Instanz, welche kollektiv verbindliche Entscheidungen trifft und durchsetzt sowie die Bestandsbedingungen der kapitalistischen Verhältnisse sichert, kann daher auf verschiedenen Ebenen existieren (vgl. etwa Becker 2002, Brenner 2004).

Eine alternative Perspektive: Kritische Staats- und Hegemonietheorie

Den theoretischen Hintergrund der folgenden Argumente bietet die Kapitalismustheorie von Karl Marx und ihre Weiterentwicklung durch die französische Regulationstheorie (Aglietta 2000, Becker 2002), die kritische Staatstheorie (Poulantzas 1978/2002, Jessop 2002, Hirsch 2005) sowie die neogramscianische Hegemonietheorie der Internationalen Politischen Ökonomie (Cox 1987, Gill 2000, Scherrer 1998, Bohle 2005). Diese Theorien lenken unsere Aufmerksamkeit einerseits auf die ökonomisch-institutionellen Umwälzungen, die der Globalisierung zugrunde liegen - um die geht es in diesem Beitrag nur am Rande, aber sie liegen der Argumentation zugrunde -, und andererseits auf die Herrschaftsaspekte der Internationalisierung von Staat und Politik.

Mit dem Begriff der „Hegemonie“ wird ein Typus von Herrschaft benannt, der im Wesentlichen auf der Fähigkeit basiert, eigene Interessen als gesellschaftliche Allgemeininteressen zu definieren und durchzusetzen. Dies geschieht in der Regel nicht mit offenem Zwang, sondern über Kompromisse und gesellschaftliche Konsense im Sinne allseits geteilter Auffassungen über die grundlegende Entwicklungsrichtung der Gesellschaft. Hegemonie ist daher weniger ein Modus raffinierter Machtausübung von oben, sondern ist die breite Anerkennung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse durch vielfältige ökonomische, politische und ideologische Mechanismen, in dem die Führung der herrschenden Kräfte möglich und von diesen auch gewollt ist. Es muss in kapitalistischen Gesellschaften nicht per se Hegemonie existieren, sondern es können autoritäre oder offen militärdiktatorische Regime bestehen.

Die Entstehung und Erhaltung hegemonialer gesellschaftlicher Verhältnisse findet insbesondere in der Zivilgesellschaft statt, wobei letztere nicht unabhängig vom Staat i.e.S. ist, sondern beide Bereiche greifen ineinander, beispielsweise über staatliche Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen und privaten Bildungsträgern oder die Verquickung staatlich-öffentlicher Medien mit privatwirtschaftlichen Interessen. Unter Zivilgesellschaft wird dabei ein gesellschaftlicher Bereich verstanden, in dem formell private Akteure agieren, insbesondere privatkapitalistische Unternehmen und ihre Verbände sowie die Akteure medial vermittelter Öffentlichkeit. Hegemoniale gesellschaftliche Orientierungen, welche in verschiedenen Bereichen das Handeln der Akteure orientieren, wie etwa gegenwärtig neoliberale und imperiale müssen zivilgesellschaftlich durchgesetzt und reproduziert werden.

Der Staat – und damit auch seine Internationalisierung - steht in einem engen Verhältnis zur Gesellschaft und kann daher nur mit dieser zusammen und den dort

sich verschiebenden Kräfteverhältnissen und Strukturen analysiert werden. Er bildet aber auch eine eigene Materialität bzw. Apparatur heraus. Die kritische Staatstheorie argumentiert, dass der Staat nicht nur eine mehr oder weniger neutrale Instanz zur Herstellung kollektiver Entscheidungen und autoritativen Zuteilung von Werten ist, sondern ein Grundbestandteil der bürgerlich-kapitalistischen Produktionsweise. Der Staat schafft planbare Rahmenbedingungen und rechtsstaatliche Verhältnisse (vor allem zur Sicherung des Privateigentums an Produktionsmitteln, Regeln für soziale und ökonomische Beziehungen wie etwa Arbeits- oder Kaufverträge) für einen dauerhaften Verwertungsprozess.

Staat ist also weder eine neutrale und zweckrationale Instanz, noch das „Instrument“ der herrschenden Klasse(n), sondern die spezifische und materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisses (Poulantzas 1978/2002, Bretthauer et al. 2006), was bedeutet, dass sich darin zuvorderst die dominanten gesellschaftlichen Interessen materialisieren, aber nicht nur ausschließlich diese. Damit wird Staat selbst als Terrain sozialer Auseinandersetzungen begriffen, auf dem verschiedene soziale Kräfte um die Verallgemeinerung ihrer Interessen und Wertvorstellung bzw. die Anerkennung ihrer Identität kämpfen. Diese Verallgemeinerung findet in Form von Gesetzen, Rechtssprechung, finanziellen Möglichkeiten, Diskursen oder Anerkennung statt. Meist geschieht dies über Kompromisse zwischen verschiedenen sozialen Kräften, was wir alltäglich über die Austragung vielfältiger politischer Konflikte beobachten können.

Es entwickelt sich eine gewisse institutionelle Dauerhaftigkeit staatlicher Apparate. Die staatlichen Apparate - administrative, ideologische, repressive - bilden jedoch keinen homogenen Block, sondern stehen in einem konfliktiven Verhältnis zueinander (man denke an das Verhältnis zwischen Wirtschafts- und Entwicklungshilfeministerium). Die gesellschaftlichen Akteure und staatlichen Apparate entwickeln zwar unterschiedliche „Staatsprojekte“ (Jessop 1990: 315f.), d.h. Strategien, die staatlichen Handeln in der Beschäftigungs-, Steuer-, Umwelt- und anderer Politik orientieren soll. Daraus kann sich ein hegemoniales Projekt entstehen wie etwa historisch ein keynesianisches oder aktuell ein neoliberal-imperiales Staatsprojekt, das eine Art gemeinsamen Bezugspunkt bildet - trotz aller Differenzen und Konflikten zwischen den Apparaten und den ihnen gegenüber agierenden gesellschaftlichen Kräften wie Unternehmensverbänden, Gewerkschaften und anderen.

Diese grundlegenden theoretischen Einsichten sollen nun für die These der Internationalisierung des Staates fruchtbar gemacht werden. Damit kann der Staatsbegriff vom Nationalstaat gelöst und gefragt werden, auf welchen räumlichen Ebenen und in welchen Apparaten sich Kräfteverhältnisse materiell verdichten und wo die staatlich-politischen Terrains von Auseinandersetzungen und Kompromissbildungen entstehen und inwiefern grundlegende Staatsfunktionen erbracht werden.

Die aktuelle Transformation des Staates und des Staatensystems

Seit etwa 30 Jahren erleben wir eine Gesellschaftstransformation hin zu einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung, die in der Krise des Fordismus – also der

seit dem Zweiten Weltkrieg etablierten Formation, die wesentlich durch Elemente dynamischen Wachstums, Massenproduktion und Massenkonsum sowie des Wohlfahrtsstaates gekennzeichnet war - seit den 1970er Jahren ihren Ausgangspunkt nahm. Die veränderten Bedingungen der Vermehrung von Kapital, den sogenannten Akkumulationsbedingungen, äußern sich heute insbesondere als verschärfte Konkurrenz zwischen Unternehmen und Standorten. Diese Bedingungen wurden politisch hergestellt, waren und sind Teil intentionaler Strategien von dominanten ökonomischen und politischen Akteuren. Insbesondere das Verhältnis staatlicher Politik zur Ökonomie und den dort wirkenden Kräften – vor allem Banken und Finanzkapital, weltmarktorientiertes Industrie- und Agrarkapital und die mehr oder weniger organisierten Lohnabhängigen - muss genau bestimmt werden. Aber auch andere gesellschaftliche Verhältnisse wie die Geschlechter- oder Naturverhältnisse werden tiefgreifend transformiert. Die Weltmarkt- und Effizienzorientierung, die zuvorderst im Interessen der weltmarktorientierten Kapitale liegt (aber auch der gut ausgebildeten Mittelklasse), ist nicht nur ein staatliches Projekt, sondern tief in der Gesellschaft verankert. Sie gehört mittlerweile zum „Alltagsverstand“ (Gramsci). In der historisch-materialistischen Staats- und Demokratiediskussion wird davon ausgegangen, dass die Transformation des Staates und der diesen Staat konstituierenden Gesellschaft Teil sich verändernder gesellschaftlicher Strukturen und Kräfteverhältnisse ist. Hier spielen Auseinandersetzungen innerhalb der nationalen wie internationalen Zivilgesellschaft bzw. ihre sich verändernde Strukturen eine entscheidende Rolle. Dieser *erste*, (zivil-)gesellschaftliche, Aspekt der Internationalisierung des Staates, der in der kritischen Globalisierungsdiskussion gut erfasst wurde, wird hier nicht weiter verfolgt.¹

Neben diesen Veränderungen ist entscheidend: Die Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise müssen *zweitens* zunehmend durch internationale Politiken und damit institutionelle Strukturen gesichert werden, zumal dies auf internationaler Ebene nicht mehr so eindeutig wie früher durch die führenden Länder - Großbritannien im 19. Jahrhundert, die USA lange Zeit im 20. Jahrhundert - geschieht.

In den internationalen staatlichen Apparate verdichten sich die hegemonialen Orientierungen und (welt-)gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Dies geschieht wesentlich durch nationalstaatliche Exekutiven – die selbst wiederum Verdichtungen sozialer Kräfteverhältnisse sind -, aber auch in konkreten Politikfeldern. Die WTO ist ein zentrales Terrain, auf dem um die kompromisshaften Absicherung in bestimmten Fragen gerungen wird (nämlich Handel, Investitionssicherheit, geistiges Eigentum). Internationale staatliche Apparate können nicht nur, wie im Mainstream der Internationale Beziehungen, im Sinne effizienter Problemlösungen untersucht werden, sondern sie sind an sozio-ökonomische Reproduktionsprozesse und soziale – nicht nur politische – Kämpfe und Konstellationen zurückgebunden. Christoph Görg und ich haben dafür den Begriff der „Verdichtung materieller Kräfteverhältnisse zweiten Grades“ vorgeschlagen (vgl. Brand/Görg 2003, Brand 2007). Zudem kann die je spezifische Verdichtung samt dahinter stehenden Interessen erste Hinweise darauf geben, warum Institutionen wie die WTO ungleich bedeutsamer sind als etwa die sog. Rio-

Institutionen für Klima und biologische Vielfalt. Das spannungsreiche Verhältnis internationaler Institutionen zueinander wie auch die keineswegs unidirektionale Implementierung internationaler Regeln auf nationaler Ebene – d.h. die konkrete nationale (Nicht-)Implementierung hängt von den spezifischen Bedingungen ab – geraten damit in den Blick.

Der Begriff der Internationalisierung des Staates zeichnet sich durch eine *dritte* Dimension aus, auf die F.H.Cardoso und E.Faletto (1969/1976) und N.Poulantzas (1973/2001: 24, 27f.) vor über 30 Jahren hinwiesen. Die dominanten Gesellschaften und ihre politischen und ökonomischen Akteure zwingen den abhängigen nicht einseitig ihren Willen bzw. ihr Produktions- und Konsummodell auf, sondern diese werden im Inneren der abhängigen Länder reproduziert. Man kann von einer „Interiorisierung“ von weltwirtschaftlichen und –politischen Entwicklungen sprechen.

Aufgrund der globalisierungsbedingten Verschärfung der Standortkonkurrenz und deren Stilisierung als Sachzwang, wurden die keynesianischen Wohlfahrtsstaaten zu „nationalen Wettbewerbsstaaten“ transformiert (Hirsch 1995). Zum überragenden Kriterium politischen Handelns gerät die permanente Herstellung internationaler Konkurrenzfähigkeit und Effizienz. Joachim Hirsch spricht neuerdings von einem „internationalisierten nationalen Wettbewerbsstaaten“ (2005). Damit wird unterstrichen, dass die am globalen Wettbewerb ausgerichteten nationalen Staaten die Internationalisierung im Inneren reproduzieren.

Für alle drei Dimensionen der Internationalisierung des Staates ist folgender Aspekt wichtig: Oben wurde argumentiert, dass sich in der Gesellschaft verschiedene Vorstellungen über die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft und in den Staatsapparaten unterschiedliche Staatsprojekte ausbilden und sich in den vielen verzweigten kleinen und großen Kämpfen bestimmte Strategien möglicherweise durchsetzen und breit akzeptiert werden: Dann kann man von hegemonialen gesellschaftlichen Projekten – wie etwa dem Neoliberalismus – und entsprechenden Staatsprojekten sprechen. Für den internationalisierten Staat kann entsprechend konstatiert werden, dass der „globale Konstitutionalismus des disziplinierenden Neoliberalismus“ (Gill 2000: 24) hegemonial wird. Damit ist ein auf Dauer gestellter Ordnungsrahmen durch eine weltweit verallgemeinerte liberale Verfassungsbildung gemeint. Die strukturelle Macht des Kapitals und die kapillare Macht gegenseitiger Kontrolle wirken und werden bürokratisch auf Dauer gestellt.

Hinsichtlich der Absicherung der imperialen Weltordnung mittels des „Krieges gegen den Terrorismus“ kann noch nicht von einem hegemonialen, d.h. allseits akzeptierten Projekt gesprochen werden. Gleichwohl geraten mit einer hegemonie- und kritisch-staatstheoretischen Sicht die verschiedenen Formen von Gewalt und Konsens bzw. konsensuale Formen der Gewaltanwendung in den Blick.

Die politischen und sozio-ökonomischen Bedingungen dynamischer gesellschaftlicher Entwicklung und eventuelle hegemoniale Verhältnisse implizieren also eine Reorganisation des Staates auf unterschiedlichen Ebenen, ohne dass ein zentralisierter internationaler Staat entstehen muss. Die Internationalisierung des Staates ist auch ein Projekt der herrschenden Kräfte selbst, um ihre Interessen, Normen und Identitäten durchzusetzen bzw. zu stärken.

Die Internationalisierung des Staates und die Gesellschaften des Globalen Südens

Der hier skizzierte Begriff der IdS betrifft die Länder des Globalen Südens in mehrfacher Weise.ⁱⁱ Das gilt *erstens* für die transnationale Zivilgesellschaft (und insbesondere den Weltmarkt), die von TNCs, Medien und transnationalen non-profit Organisationen des Nordens sowie von westlichen Modernitätsvorstellungen dominiert wird. Allerdings gibt es hier durch den ökonomischen Aufstieg von Ländern wie China, Indien und den südostasiatischen „Tiger-Staaten“ sowie die energiepolitische Bedeutung Russlands starke Verschiebungen. Es gibt nicht einen Typus peripherer Gesellschaften, sondern deren im Vergleich zu früher noch stärkere Fragmentierung und Konkurrenz ist ein Kennzeichen aktueller Entwicklungen.

Zweitens sind periphere Gesellschaften über ihre Exekutiven und zivilgesellschaftliche Akteure – mehr oder weniger starker - Teil des internationalen politischen Institutionensystems. Trotz aller Unterschiede kann generell gesagt werden, dass die OECD-Länder diese Institutionen dominieren. Die Gesellschaften des Südens sind von internationalen Entscheidungen sehr unterschiedlich betroffen, doch ein Kennzeichen ist, dass sie - bis auf wenige Ausnahmen wie etwa Russland, Brasilien, Indien oder China - kaum Einfluss auf die internationale Politik nehmen können gegen die Interessen der nördlichen Länder. Diese generelle Aussage soll jedoch nicht die wichtige Tatsache übergehen, dass die Nord-Süd-Verhältnisse in unterschiedlichen Bereichen (Finanz-, Sicherheits- oder Energiepolitik) verschieden herstellen, dass sich immer wieder Gelegenheitsfenster gibt oder südliche Regierungen zusammenschließen, um mehr Einfluss oder gar Macht zu bekommen.

Zudem: Die internationalen politischen Institutionen als Teil eines internationalisierten Staates spielen in Gesellschaften mit schwacher oder ohne wesentliche Staatlichkeit im modernen Sinn eine andere Rolle als in jenen mit etablierter, d.h. funktionierender und anerkannter Staatlichkeit. Denn dann werden bei der Erstellung verbindlicher Regeln, der Gewährleistung physischer Sicherheit und sozialer Wohlfahrt neben nicht-staatlichen Akteuren und Strukturen innerhalb der Gesellschaften gegebenenfalls auch internationale Institutionen wichtig. Bislang gibt es wenige Forschungen dazu, welche Rolle die Länder des Globalen Südens in den internationalen politischen Institutionen genau spielen.

Die *dritte* Dimension, nämlich die Transformation der nationalen Staaten zu „internationalisierten peripheren Wettbewerbsstaaten“ ist deutlich sichtbar. Denn innerhalb der Staaten und Gesellschaften des Globalen Südens haben sich teilweise durch offenen und strukturellen Zwang, teilweise durch die Akzeptanz breiter Teile der Bevölkerung makroökonomische Stabilisierung, wirtschaftliche Außenöffnung und ein Rückzug des Staates aus sozialpolitischen und wirtschaftlichen Aktivitäten durchgesetzt. Für Lateinamerika spricht Lucio Oliver von einem „neoliberalen Privatisierungsstaat“, der über kein nationalen Akkumulations- und Entwicklungsprojekt verfüge, sondern eine mehr oder weniger gelingende Integration in den Weltmarkt vorantreibe (Oliver 2005). Dies sieht in Ländern wie

China ganz anders aus, denn dort gibt es ein klares weltmarktvermitteltes Projekt. Aber auch hier kann von einem peripheren Wettbewerbsstaat gesprochen werden, der aufgrund innergesellschaftlicher Konstellationen eine bestimmte Form der Weltmarktintegration vorantreibt und durch neue Formen internationaler Arbeitsteilung dazu auch in der Lage sind.

Fragmentierte Hegemonie und Gegen-Hegemonie

Die institutionelle Durchsetzung des Neoliberalismus und der Neuen Weltordnung sowie seine in vielen Ländern der Peripherie offenkundigen desaströsen Konsequenzen lassen zwar die an den USA und Westeuropa ausgerichtete Entwicklungsvorstellung nicht verblassen, aber die Vorstellung einer Annäherung wird in immer weiteren Teilen der Welt weniger denkbar. In den dynamischen Ökonomien Chinas oder Indiens entwickelt sich eine enorme Mittelschicht, die inzwischen die Hälfte der globalen „transnationalen Verbraucherklasse“ ausmacht. Norman Myers und Jenniffer Kent schätzen, dass diese Ober- und Mittelschichten, die sich unter anderem durch ihren Konsum von Fleisch, Elektrogeräten und Autos auszeichnen, etwa zur Hälfte im Globalen Norden und zur anderen Hälfte im Globalen Süden lebt; in China etwa so viel wie in den USA (Myers/Kent 2004). Hier sind „westliche“ Entwicklungsvorstellungen – trotz der sozialen Spaltung – durchaus weit verbreitet.

In anderen Regionen der Welt, insbesondere in Afrika und Lateinamerika, sieht es anders aus: Die Transformation in zuvorderst an der Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit orientierten Staaten, einhergehend mit wirtschaftlicher Außenöffnung, Privatisierungen, der Unterdrückung emanzipativer Bewegungen, der Perspektive einer vom Norden nicht mehr beabsichtigten Herstellung gerechterer Lebensverhältnisse und insbesondere die Erfahrungen des Schuldenmanagements der 80er Jahre und der Währungskrisen der 90er stellen Bedingungen dar, unter denen Hegemonie – was ja auch immer die grundlegende Kompromissbereitschaft der Herrschenden impliziert – undenkbar scheint. Die nördlichen Staaten und die von ihnen dominierten internationalen Institutionen sind zu Hegemonie im Sinne von Führung und Zugeständnissen nicht mehr in der Lage. Eine „postfordistische“ Entwicklungsperspektive gibt es für die meisten Gesellschaften und ihre Mitglieder, insbesondere in Afrika und Lateinamerika, nicht (kritisch zum Entwicklungsbegriff, Ziai 2006). „Führung“ findet heute nicht mehr im Sinne sich verbessernder Lebensperspektiven statt, sondern dahingehend, eine internationale „Sicherheitsarchitektur“ zu schaffen, mittels derer dann in periphere Gesellschaften interveniert wird, wenn potenziell die Interessen nördlicher Akteure (an Ressourcen, Sicherheit, etc.) betroffen sind.

Insofern ist die neue, postfordistische Weltordnung ganz wesentlich durch ein Hegemoniedefizit dahingehend gekennzeichnet, dass im Nord-Süd-Verhältnis die Führungs- und Konsenselemente zurücktreten bzw. Führung stärker mit direkter militärischer Macht in Verbindung steht. Man könnte von einer fragmentierten Hegemonie sprechen, weil sie einerseits innerhalb der Metropolen durchaus besteht, weltweit jedoch immer stärker die Zwangselemente eines permanenten Krisenmanagements in den Vordergrund treten, das allenfalls den Eliten und *war*

lords ein hinreichendes Auskommen sichert. Es geht dann darum, diesen Prozessen innerhalb der metropolitanen Länder Legitimität zu verleihen und sie politisch-institutionell abzusichern. Dies macht einen guten Teil der Dynamik internationaler Politik heute aus. Für das Nord-Süd-Verhältnis könnte, in Abwandlung Gramscis, von Hegemonie im Sinne von „Zwang mit selektiven Konsenselementen“ gesprochen werden. Kämpfe um Hegemonie innerhalb metropolitaner und peripherer Räume sind also grundlegend verschieden.

In Zeiten, in denen sich unter dem Begriff der Globalisierungskritik die praktische wie theoretische Kritik an den Verhältnissen intensiviert, ist die analytische Stärkung einer gramscianischen Perspektive auch politisch-strategisch bedeutsam (Brand 2005). Denn dies kann den Blick emanzipativer Akteure erweitern über die normativ überladene (Selbst-)Zuschreibung der Zivilgesellschaft als Ort des Guten, von dem aus staatlich-politische Regulierungen gegen die negativen Auswirkungen des Globalisierungsprozesses erwirkt werden müssen. Notwendig wäre ein Verständnis, dass die neoliberale Globalisierung nicht nur ökonomisch und politisch, sondern zuvorderst „zivilgesellschaftlich“ vorangetrieben wird und im Alltagsverstand verankert ist.

Was bedeutet das nun für emanzipative Akteure? Ein gramscianisches Verständnis von (internationaler) Zivilgesellschaft impliziert, dass alternative Strategien oder gar „gegen-hegemoniale“ Projekte zwar innerhalb der Zivilgesellschaft entstehen können, aber nie durch die Zivilgesellschaft als Ganzes. Genau dies kommt mit dem Begriff der Hegemonie in den Blick und deshalb öffnet ein hegemonietheoretischer Gesellschafts-Begriff analytisch und politisch große Denk- und Handlungsräume. Denn gegen-hegemoniales Denken und Handeln im Sinne von Kritik und konkreten Alternativen entsteht entlang vieler Konflikte und in zahlreichen Bereichen – das wird etwa auf den regionalen, nationalen, Europäischen oder Weltsozialforen deutlich. Aber auch kritische zivilgesellschaftliche Akteure können sich in ihrem Handeln nicht einfach gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen sowie der hegemonialen Ausrichtung des Staates und seiner Apparate entziehen (heute eben einer wettbewerbsstaatlichen), selbst wenn sie konträre Positionen vertreten und entsprechende Ziele verfolgen. Deshalb ist die Analyse der Internationalisierung des Staates wichtig – aus der hier vorgetragenen abstrakten Analyseperspektive oder in konkreten Studien.

Literatur:

Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand. Hamburg.

Alnasseri, Sabah (2004): Periphere Regulation. Regulationstheoretische Konzepte zur Analyse von Entwicklungsstrategien im arabischen Raum. Münster.

Becker, Joachim (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Eine kritische Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Marburg.

Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg., 2005): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg.

Bieling, Hans-Jürgen (2007): Die Konstitutionalisierung der Weltwirtschaft als Prozess hegemonialer Verstaatlichung - staatstheoretische Reflexionen aus der Perspektive einer neo-gramscianischen IPÖ. In: Buckel, Sonja/ Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden, i.E.

- Bohle, Dorothee (2005): Neogramscianismus. In: Bieling, Hans-Jürgen/ Lerch, Maria (Hg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden, 197-222.
- Brand, Ulrich (2007): Die Internationalisierung des Staates als Rekonstitution von Hegemonie. Zur staatstheoretischen Erweiterung Gramscis. In: Buckel, Sonja/ Lescano, Andreas (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden, i.E.
- Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster.
- Brand, Ulrich/Scherrer, Christoph (2005): Contested Global Governance: Konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierung. In: Behrens, Maria (Hg.): Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität. Wiesbaden, 115-129.
- Brenner, Neil (2004): The New State Spaces. Oxford.
- Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stützle, Ingo (Hg., 2006): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg.
- Cardoso, Fernando Henrique/Faletto, Enzo (1976): Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. Frankfurt: Suhrkamp (Span. 1969).
- CGG - Commission on Global Governance (1995): Nachbarn in Einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik, hrsg. von der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn.
- Cox, Robert W. (1987): Production, Power and World Order. Social Forces in the Making of History. New York.
- Gerlach, Olaf/Kalring, Stefan/Kumitz, Daniel/Nowak, Andreas (Hg., 2004): Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie. Frankfurt/M.
- Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Hans-Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber (Hg.). Die Konfiguration Europas. Münster, 23-50.
- Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte, hrsg. von Bochmann, Klaus/Haug, Wolfgang-Fritz. Hamburg; Berlin.
- Heigl, Miriam (2007): Bastion des Neoliberalismus? Zur Analyse und Entwicklung des lateinamerikanischen Staates. In: Journal für Entwicklungspolitik.
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin.
- Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg.
- Jessop, Bob (1990): State Theory. Putting the Capitalist State in its Place. Cambridge.
- Jessop, Bob (2002): The Future of the Capitalist State. Cambridge/UK.
- Messner, Dirk (2005): Global Governance: Globalisierung im 21. Jahrhundert gestalten. In: Behrens, Maria (Hg.): Globalisierung als politische Herausforderung. Wiesbaden, 27-54.
- Myers, Norman/Kent, Jennifer (2004): The New Consumers. The Influence of Affluence on the Environment. Washington: Island Press.
- Oliver Costilla, Lucio (2005): Revisitando al Estado. Las especificidades del Estado en América Latina. In: Castro Escudero, Teresa/Oliver Costilla, Lucio (Hg.): Poder y política en América Latina. El debate latinoamericano, vol. 3, Mexico-City, 50-86.
- Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg.
- Raza, Werner (2003): Politische Ökonomie der Natur im Kapitalismus. Skizze einer regulationstheoretischen Konzeptualisierung. In: Brand, Ulrich/ Raza, Werner (Hg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster, 158-175.
- Schlichte, Klaus/ Wilke, Boris (2000): Der Staat und einige seiner Zeitgenossen. Zur Zukunft des Regierens in der "Dritten Welt". In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7(2), 359-384.

Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt/M. und New York.

Sauer, Birgit (2003): Die Internationalisierung von Staatlichkeit. Geschlechterpolitische Perspektiven. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 4, 621-637.

Scherrer, Christoph (1998): Neo-gramscianische Interpretation internationaler Beziehungen. Eine Kritik. In: Hirschfeld, Uwe (Hg.): Gramsci-Perspektiven. Berlin; Hamburg, 160-174.

Shaw, Martin (2004): Internationalisierung des Staates. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus 6/II, Hamburg/Berlin, 1423-1437.

Zangl, Bernhard 2003. Regimetheorie. In: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hg.): Theorien internationaler Beziehungen. Opladen, 117-140.

Ziai, Aram (2006): Zwischen Global Governance and Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive. Münster.

Zürn, Michael (1998): Regieren jenseits des Nationalstaates: Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt am Main.

ⁱ Einen knappen Überblick geben Altvater/Mahnkopf 1999; Brand/Raza 2003; Hirsch 1995, 2005, zu Geschlechterverhältnissen vgl. etwa Sauer 2001, zu Naturverhältnissen Raza 2003, Görg 2003.

ⁱⁱ Vgl. den Überblick bei Schlichte/Wilke 2000, Alnasseri 2004, zu Lateinamerika Boris et al. 2005, Heigl 2007, zur theoretischen Diskussion Gerlach et al. 2004.